



Ergebnisse kommunaler Austausch und Beratung

Fragestellung I: Kinderschutz während der Corona-Pandemie

1. Hatte Ihre Kommune während des Lock-Downs durch Covid-19 Kontakt zu Kindern und Jugendlichen in schwierigen Situationen bzw. deren Familien? Wenn ja, in welcher Form?
2. Wurde Personal aus den Strukturen zur Sicherung der Kinderrechte (Kinderinteressenvertretungen, Kinderbeauftragte, Kinderbüros, Allgemeiner Sozialpädagogischer Dienst, Jugendinformation, Koordinator_innen KfK) zu fachfremden Aufgaben eingesetzt? Wenn ja, in welchem Umfang?
3. Wie ist die Bilanz der Schutzkonzepte in Kitas und Schulen bis heute? Was hat funktioniert? Was nicht?

Fragestellung II: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie

1. Wurden die Interessensvertretungen von und für Kinder (z.B. Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, Kinderbeauftragte, Kinderkommission) bei Entscheidungen über Infektionsschutzmaßnahmen einbezogen? Wenn ja, wie?
2. Waren die Beteiligungsstrukturen (Kinder- und Jugendgremien, Kinder- und Jugendbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte) von Kindern und Jugendlichen trotz der Infektionsschutzmaßnahmen weiterhin aktiv? Wenn ja, in welcher Form?
3. Sind Kinder- und Jugendliche aktiv auf die Kommune zugegangen?
4. Welche digitalen Tools wurden in der Kommune genutzt, um Kinder- und Jugendbeteiligung zu ermöglichen? Wie sind die Erfahrungen mit diesen? Was würden Sie weiterempfehlen?

Fragestellung III: Konzepte und Strukturen zum kindgerechten Umgang mit der Corona-Pandemie

1. Gibt es in Ihrer Kommune eine Steuerungsgruppe zu Kinderrechten und Corona?
2. Was braucht ihre Kommune, um die Wahrung der Kinderrechte in der Corona-Pandemie sicherstellen zu können?
3. Gibt es Pandemie-Pläne für die Sicherung der Kinderrechte? Werden Pandemie-Pläne für Fachbereiche erarbeitet, die vorher nicht vorlagen?

Arbeitsgruppe 1 (große Kommunen):

Für die großen Kommunen galt die Erfahrung, wo schon Kontakte zu Kuj über Medien bestand, ging es weiter, sonst konnten die Kontakte nicht gehalten werden. Teilweise wurden Grundschulkinder über die Notbetreuung erreicht. Die Hortmitarbeitenden übernahmen hier oft die Unterstützung bei Schulaufgaben.

Wenn es unter Hygienebedingungen begrenzt in den JUZ weiterging (bei Lockerungen), wurden Kontakte wieder aufgenommen aber nicht in dem Umfang wie vorher. In einzelnen Kommunen wie Regensburg oder Mannheim fanden vor Ort-Termine mit den Bürgermeister_innen statt, wo Jugendliche erreicht wurden.

Alle haben erfahren, dass der persönliche Kontakt für Kinder unter 12 Jahren besonders wichtig ist, hier brach die Kommunikation über Einrichtungen, Schulen oder Projekte teilweise ganz weg. Außerdem funktionieren digitale Angebote nur dann, wenn die technische Ausstattung da ist. Die ganz armen Kinder sind dann verschwunden, wenn der Kontakt digital läuft.

Die Jugendsozialarbeit führte in einigen Kommunen Kontakte digital und draußen mit Abstand weiter, Regensburg richtete einen digitalen Jugendtreff und eine digitale Hausaufgabenbetreuung ein. Mancherorts wurden aber auch Schulaufgaben oder Essen direkt bei betroffenen Familien vorbeigebracht.

Soziale Dienste boten Spaziergänge für Familien an, um zu beraten. Manche Präsenzkontakte mit begleiteten Familien werden fortgeführt, sonst als Telefonkontakte aufrechterhalten.

In Pankow gab es Sommerschulen, die restlos ausgebucht waren und jetzt in den Herbstferien fortgesetzt wurden, eine Art Nachhilfeunterricht.

Alle großen Kommunen wiesen darauf hin, dass Hygieneschutzkonzepte durch das Land erlassen wurden und wenig Spielraum der Ausgestaltung boten. Aber bei den Detailregelungen in den Schulen waren die Mitarbeiter_innen verunsichert, da sich jede Schule in einem Rahmen bewegen konnte und ständig neue Regelungen vom Land kamen. Teilweise wurde die Maskenpflicht auf Schulhöfen durch die Polizei kontrolliert, was alle verunsicherte.

Die stärksten Einschränkungen galten in Schulen, Kitas und auf Spielplätzen. Konzepte wurden erst erarbeitet, als schon wieder Lockerungen zugelassen waren. Man begegnete damit auch den Ausweichstrategien der Kuj, die dann auf andere Flächen z.B. an Badeseen (Bsp. Mannheim) auswichen. Nach Erfahrungen im Frühjahr entwickelten jedoch Jugendämter und freie Träger im Herbst nun recht schnell alternative Konzepte für die Jugendarbeit.

Im Fazit beachten die derzeit vorliegenden Konzepte für den Schulbetrieb oder Freizeiteinrichtungen oft die Realität nicht, z.B. die räumliche Enge bei Containern auf dem Schulhof oder es fehlten Strategien, wenn viele Mitarbeitende sich infizieren.

Kuj wurden bisher nicht beteiligt bei der Konzeptentwicklung, außer sie saßen in der Schulkonferenz.

In Köln gibt es aktuell einen zentralen Krisenstab für die Regelung in den Schulen, ein Konzept ist in Zusammenarbeit mit einer Hochschule in Arbeit. Es soll ein Monitoring, ein Ampelsystem und technische Hinweise beinhalten.

Für die große Kommunen gilt, dass Interessensvertretungen von und für Kinder zum Beginn der 1. Lockdowns selten oder gar nicht einbezogen wurden. Entscheidungen liefen einseitig über Gesundheitsamt, Schulamt und Ordnungsverwaltung.

In Pankow zeigt sich im Laufe des Jahres, dass eine als Lüftungsmanager in Schulen ausgebildete Kindergruppe (<https://koepfchenstattkohle.org>) sich gut einbringen konnte. Es wurde Material zum Umgang mit Konflikten im öffentlichen Raum erarbeitet.

In der zweiten Welle wirken die Interessensvertretungen von und für Kinder insgesamt mehr mit, auch andere Ämter sind offener für Kooperation und eine Beteiligung, Schulen wurden teilweise wieder geöffnet für Dritte.

Insgesamt gilt aber: Interessensvertretungen von und für Kinder wurden bei Fragen des Infektionsschutzes nicht einbezogen.

Die Vertreter_innen der großen Kommunen gaben keine Hinweise, ob Kuj aktiv auf die Kommune zugegangen sind. Jugendbeirat und Kinderberater in Regensburg treffen sich, in Mannheim und Regensburg treffen sich engagierte Jugendliche nicht nur online sondern gern auch offline mit Abstand.

Jugendliche aus Einrichtungen, die derzeit geschlossen sind, werden nicht erreicht.

Kontakte über Schulen bleiben dann schwierig, wenn keine schulfremden Personen erlaubt sind und vereinbarte Treffen ausfallen. Online-Beteiligungen laufen eher schleppend, Jugendliche sind da ohne direkte Ansprache oft schwer zu motivieren.

Köln hat ein Streaming-Angebot entwickelt (Instagram-Live Austausch), wo Schüler_innen Fachämter fragen können. (<https://www.instagram.com/tv/CFNAPfGqgR8/?hl=de>). Zudem wurde dort der Jugendfonds online aufgesetzt (<https://www.koelner-jugendring.de/auf-koelner-nacken>).

In Stuttgart wurden zunächst Sitzungen des Jugendrates abgesagt, jetzt finden sie digital oder mit Abstand statt. Die Stuttgarter Kinderversammlung konnte im Frühjahr leider nicht tagen. Deshalb wurden „Mitmischformate“ für Schulen entwickelt. Die Schüler_innen können Anträge an die Kinderbeauftragte auf verschiedenen Wegen übermitteln. In Potsdam trifft sich der Stadtschülerrat digital, in Pankow arbeitet auch der BezirksSchülerausschuss weiter virtuell oder mit Abstand in der Aula. Die Jugendjury Pankow wurde auch weiterbetrieben: <http://jugendjury-pankow.blogspot.com>

Auch in den großen Kommunen gibt es keine eigene Steuerungsgruppe zu Kinderrechten und Corona. Die Themen wurden immer wieder entweder im JHA, in einer Spielplatzkommission oder in den Dezernatsrunden besprochen.

In Köln wird das Thema derzeit in der KfK-Steuerungsgruppe diskutiert, in Mannheim hat der Jugendbeirat im Sommer das Thema Corona bearbeitet und wurde daraufhin vom Gemeinderat eingeladen.

Folgende Hinweise kamen aus den großen Kommunen:

- die Städte müssen sich da zusammenschließen, um Lösungen auszutauschen, wie negative Einschränkungen abgefedert werden können
- da der Rahmen zu stark auf Landes- und Bundesebene bestimmt wird, brauchen die Städte mehr Möglichkeiten, Einzelfallentscheidungen zu treffen

- es braucht ein Konzept für die abgehängten Kinder: nicht nur mit aktuellen Unterstützungsmöglichkeiten sondern auch für die Zeit nach Corona, um Nachholbedarfe auszugleichen
- es braucht mehr zielgruppenspezifisch Informationen für Kuj über die Pandemie und ihre Auswirkungen
- Kinderrechte sind gleichwertig zu anderen Schutzrechten, d.h. es muss eine Strategie zur Abwägung entwickelt werden, wann und wie weit sie eingeschränkt werden dürfen. Vorliegende Studien müssen verfügbar sein für das eigenes Verwaltungshandeln
- Pankow wird Pandemieauswirkungen auf die Kinder in sein derzeit in Arbeit befindliches Armutskonzept einbringen
- in den Kommunen braucht es Regelungen zu Spielplätzen und alternativen Spielorten sowie Regelungen, wie sich Gegenmaßnahmen im Haushalt (Gender, Pandemie, Kinderrechte) abbilden
- Konzepte aus dem Frühjahr müssen auf den Prüfstand (z.B. Spielplatzschließung zum Schutz der Kids), es muss für ein differenziertes Verständnis geworben werden
- Es braucht mehr Ansatzpunkte und Regelungen, wo Kuj direkt in Planungen und Entscheidungen einbezogen werden müssen. So sollten Hinweise und Wünsche von Kuj in die Entscheidungen des Rates einfließen
- Direkte Dialogformate müssen etabliert werden, damit die KijuBe nicht immer in die Sprecher- und Verteidigungsrolle geraten. (z.B. Projekt Partnerschaft für Demokratie Pankow –www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/themen/artikel.359704.php)
- Hinweise dazu liefert der Nachtrag zum NC-Bericht https://www.netzwerk-kinderrechte.de/fileadmin/bilder/user_upload/NC_ErgaenzenderBerichtNachtrag_DEU_Web.pdf

Arbeitsgruppe 2 (mittlere Kommunen):

Die Erfahrungen der Kommunen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie waren teilweise sehr unterschiedlich. In einigen Kommunen sind viele Familien in massive Krisen geraten und die Inobhutnahmen sind stark angestiegen. In anderen Kommunen war das nicht der Fall.

Alle Kommunen haben versucht den Kontakt zu Kindern und Jugendlichen und ihren Familien aufrecht zu erhalten. Die Kommunen haben die Familien durch Telefongespräche erreicht und sie zu Spaziergängen und Face-to-Face-Treffen im Freien eingeladen. Auch Hausbesuche fanden weiterhin statt. Trotzdem war der persönliche Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen meist stark eingeschränkt.

Schulen, Kitas und Spielplätze haben wieder geöffnet, allerdings dürfen Dritte die Anlagen nicht betreten. Dadurch wird die Kinder- und Jugendarbeit teilweise sehr erschwert.

Die Kommunen haben wenig eigenen Gestaltungsspielraum. Wöchentlich gibt es neue Verordnungen, die sie dann umsetzen müssen.

In Wolfsburg muss bei einer Infektion eines Schülers/einer Schülerin nicht die ganze Klasse in Quarantäne, sondern nur die engsten Kontakte. Dadurch sind bisher kaum ganze Klassen von einer Quarantäne betroffen.

In Dormagen sind einige Kinder in Briefform aktiv auf den Bürgermeister zugekommen. Im Sommer hat die Kommune ein Projekt zum Thema Kommunalwahlen in Form von kleinen AGs umgesetzt.

Außer in Wolfsburg gibt es in den Kommunen keine digitalen Beteiligungsformate. Bei den anderen Kommunen besteht Interesse, digitale Beteiligungsformate auszuprobieren, es fehlt jedoch an Wissen um geeignete Tools.

In Wolfsburg finden Jugendforen als hybride Mischform (analog und digital) statt. Außerdem hat Wolfsburg zwei digitale Spielplatzbeteiligungen durchgeführt. Die Kommune konnte mit dem digitalen Format weitaus mehr Kinder erreichen als üblich, jedoch blieb diese Beteiligungsform hinter der Qualität der analogen Beteiligung zurück. Gängige Methoden, wie Modellbau mit den Kindern, konnten digital natürlich nicht umgesetzt werden. Die Beteiligung beschränkte sich deshalb darauf, Kinder zwischen verschiedenen Geräten auswählen zu lassen.

Insgesamt stellt Wolfsburg insbesondere unter den Jugendlichen eine „Digitalmüdigkeit“ fest. Das Interesse an digitalen Beteiligungsformaten ist nach Monaten des digitalen Lernens bei den jungen Menschen eher gering. Außerdem fehlen vielen Kindern und Jugendlichen die Kompetenzen um mit digitalen Tools, wie zum Beispiel Zoom, umzugehen.

Die Kommunen geben zu bedenken, dass die Verantwortlichen Kinder- und Jugendschutz auch bei digitalen Beteiligungsformaten mitdenken müssen. Zum Beispiel: Was passiert mit den Daten der Teilnehmenden, wenn der Server in den USA liegt?

Die Gruppe diskutierte Möglichkeiten, Social Media (Instagram) zu nutzen, um junge Menschen über Angebote und Aktivitäten in den Kommunen zu informieren. Wolfsburg hat einen Instagram-Account und bisher viele positive Erfahrungen damit gemacht. Die anderen Kommunen sind hier eher zurückhaltend, weil ihnen die Ressourcen fehlen, um einen Account angemessen zu pflegen.

Empfohlene Tools: BigBlueButton

Schon die „normalen“ Steuerungsgruppen finden nur unter größten Anstrengungen statt. Eine Steuerungsgruppe zu Kinderrechten und Corona ist deshalb kaum umsetzbar.

Flexibilität muss gewährleistet bleiben und bei denen liegen, die direkt mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten. Deshalb sollten die Kommunen kreative Initiativen, Ideen und Experimente fördern und stärken. Eine Sorge ist jedoch, wie die finanziellen und personellen Ressourcen sichergestellt werden können.

Den persönlichen Kontakt zu Kindern und Jugendlichen wiederherzustellen oder aufrechtzuerhalten, wird als eine der größten Herausforderungen gesehen. Hier müssten schnell Lösungen gefunden werden.

Es gibt in den mittleren Kommunen keine Pandemiepläne.

AG 3 (kleine Kommunen I):

Fragestellung 1 – Kinderschutz während der Corona Pandemie:

Die Erfahrungen mit dem Lockdown waren unterschiedlich. Was den Kontakt mit den Jugendlichen angeht, gab es unterschiedliche Formen der Unterstützung, um in Kontakt mit den Jugendlichen zu bleiben. In Weil am Rhein wurde durch die Stadtjugendpflege eine mobile Unterstützung angeboten, um Kontakt mit den Jugendlichen aufzunehmen. Auch die eingerichteten „Notgrup-

pen“ in Grundschulen wurden als hilfreich empfunden. Das Walk&Talk Format, aufsuchende Spaziergänge von Schulsozialarbeiter_innen und Kontaktaufnahme und -pflege mit Schüler*innen über die Moodle Plattform haben viele Schüler_innen erreicht. Remchingen empfand die Öffentlichkeitsarbeit hilfreich. Gemeinsam mit der Medienagentur wurde die Webseite www.remchingen-liefert.de mit Aktuellem zur Pandemie erstellt. In Nauen haben JugendClubMitglieder aufsuchende Sozialarbeit auf der Straße begonnen. Es wird aber auch von der Verunsicherung der Jugendlichen mit dem Umgang der pandemiebedingten Maßnahmen berichtet und teilweise sogar „Spielen“, die mit dem Ordnungsamt durchgeführt wurden, um dieses zu provozieren. In Bad Pyrmont fand Kontakt mit Kindern statt, die bei der Nahrungsmittelvergabe über das Teilhabepaket ihr Essen bekommen haben. Brühl betont die Relevanz des persönlichen Einsatzes der Fachkräfte. Insgesamt besteht der Eindruck, dass erst mit Aufnahme des normalen Schulbetriebs die sozialen Probleme während der Lockdown Zeit zutage treten. Es besteht generell eine extreme Belastung der Fachkräfte, die Schulsozialarbeit übernimmt eine sehr wichtige Rolle bei der Umsetzung der Schutzmaßnahmen sowie beim Kinderschutz. Teilweise verhindern die Vorgaben des Landes, Wege zu finden, Kontakt zu halten. Als problematisch wird gesehen, dass das Jugendamt keine Besuche in Familien mehr abhält, Entscheidungen nach Aktenlage getroffen werden und dies zur verstärkten Isolation vieler Kinder und Jugendlicher führt. Da die Hygieneschutzmaßnahmen vom Landkreis vorgegeben sind, bestehen teilweise wenig Einflussmöglichkeiten von Seiten der Kommune. Mit den Einhaltung der Schutzmaßnahmen berichtet sie von guten Erfahrungen, allerdings auch von vermehrter Kindeswohlgefährdung aufgrund langer Isolationszeiten von Familien. Schulwege gestalten sich als riskant, weil diese oftmals ohne Maske begangen werden. Es wird auch bemängelt, dass Entscheidungen über Maßnahmen vom Land über Nacht getroffen werden und es so keine Möglichkeit der Einbeziehung von Kuj gibt. In Weil a. Rhein konnte zumindest durch Interessensvertreterin für Kinder und beim Corona Krisenstab in der Verwaltung dafür gesorgt werden, dass der Vorrang des Kindeswohls im Blick behalten wurde.

Fragestellung 2 – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie

Bei keiner der Kommunen wurden die Interessensvertretungen von und für Kinder (z.B. Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, Kinderbeauftragte, Kinderkommission) bei Entscheidungen über Infektionsschutzmaßnahmen einbezogen.

Die Beteiligungsstrukturen (Kinder- und Jugendgremien, Kinder- und Jugendbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte) von Kindern und Jugendlichen waren trotz der Infektionsschutzmaßnahmen teilweise weiterhin aktiv. In Weil am Rhein beim Jugendparlament konnten die halbjährlichen Sitzungen nicht mehr stattfinden. Es gab wohl informelle Treffen unter der Einhaltung der Hygienebedingungen. Zeit wurde genutzt, um die Geschäftsordnung anzugehen und den Wahlzyklus zu verkürzen, um für eine höhere Aktivität zu sorgen. Es gab vereinzelte Kontaktaufnahmen von Kinder und Jugendlichen, die an die Stadtjugendpflege weitervermittelt werden konnten. In Nauen hat sich in Zeiten des Lockdowns der Jugendrat bedauerlicherweise aufgelöst.

Zur Frage, welche digitalen Tools zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen genutzt wurden, gab es viele unterschiedliche Anregungen. Nauen ist dabei, Beteiligungsformate für die Stadtparkgestaltung via yopad.de (s.u.) „lmok“ (?) und Instagram zu entwickeln. In Bad Pyrmont konnte die Beteiligung zur Planung einer Skateanlage analog mit Abstand in einer Turnhalle durchgeführt werden. Die WhatsApp Kommunikation der Jugendbeteiligungsstrukturen hat weiterhin gut

funktioniert. Schulen arbeiteten mit der Plattform „IServe“. Der Wissenstransfer der Steuerungsgruppe KfK fand unter Beteiligung von Jugendlichen auf der Plattform „wechange“ statt, Einbindung über nextcloud. IN Remchingen wurden Abfragen an Schulen mittels SurveyMonkey durchgeführt 120 SuS gaben hier Rückmeldung über die Qualität des Mensa Essens. IN Landhut kam es pandemiebedingt zu Terminausfällen beim Jugendrat und zur Verschiebung der Termine der Jugendversammlung, die eigentlich 1-2 x jährlich stattfindet. Aufgrund der Teilnahme bei KfK gab es den Entschluss, einen Jugendbeirat einzurichten. Über das Tool „Opin“ (s.u.) wurden die Ideen von Jugendlichen für die Kommune gesammelt – die besten 3 werden vom Bürgermeister prämiert. Plan, die nächsten Treffen des Jugendrats über Instagram zu streamen

Von den Kommunen verwendete Online Tools

Landshut:

<https://opin.me/de/>

<https://opin.me/de/orgs/kommunale-jugendarbeit-stadt-landshut/>

Bad Pyrmont:

<https://wechange.de/>

Nauen

yopad.eu

Fragestellung 3 – Konzepte und Strukturen zum kindgerechten Umgang mit Corona

Es gab in den Kommunen generell keine Steuerungsgruppe zu Kinderrechten und Corona. In Weil am Rhein gab es eine Interessensvertretung im Krisenstab. Es wurde angemerkt, dass eine solche Struktur wegen mangelnder Ressourcen gerade zu Corona Zeiten nicht umsetzbar war. Es wurde verdeutlicht, dass hierzu grundsätzliche Strukturen benötigt werden.

Auf die Frage, was die Kommune braucht, um die Wahrung der Kinderrechte in der Corona-Pandemie sicherstellen zu können, wurden verschiedene Forderungen gestellt: Schnellere Kommunikationswege und finanzielle Ressourcen sind wichtig. In mehreren Kommunen wird das Verbot der Verwaltung, mit Schulen / Jugendlichen in Kontakt zu treten, als hinderlich empfunden und ein besserer Zugang zu den Schulen, nicht nur zur Notbetreuung, gefordert. Es werden große Räumlichkeiten benötigt, um analoge Veranstaltungen auf Abstand durchführen zu können. Es kommt die Forderung auf, dass das Thema der Kinderrechte zu Zeiten der Pandemie mehr in der GESAMTEN Verwaltung repräsentiert sein sollte. Der Bedarf einer Steuerungsgruppe, die Entscheidungen fällt, so dass nicht scheinbar wahllos einzelne Personen strukturelevante Entscheidungen über Nacht fällen, wird genannt. Es wird insgesamt eine stärkere Lobby für Kinder und Jugendliche gefordert. Es bedarf einer stärkeren Positionierung und es sollten Strukturen geschaffen werden, so dass die Erkenntnisse, die wir jetzt sammeln, in Zukunft zu einem besseren /schnelleren Umgang mit der Situation führen. Corona darf keine Entschuldigung dafür sein, dass nicht gehandelt wird.

AG 4 (Kleine Kommunen II):

Insgesamt zeigte sich in der Arbeitsgruppe, dass die Kommunen sehr unterschiedliche mit der Pandemie umgehen. In einigen wurden zahlreiche neue Ansätze erprobt, in anderen kam die Arbeit für und mit Kindern und Jugendlichen fast vollständig zum Erliegen.

Der Kontakt zu Kindern wurde z.B. in einzelnen Kommunen über Pakete gehalten, die Kinder und deren Familien am Zaun der Kita im Vorbeigehen mitgenommen werden konnten. Es wurden Briefe an die Kinder geschrieben. Sozialpädagog_innen machten außerdem weiterhin Hausbesuche, die persönliche Beratung fand im Freien bei Spaziergängen statt. In den Kommunen wurde die Gefahr des Verschwindens insbesondere von schwierigen Familien gesehen. Auch Jugendliche haben die Situation genutzt und sich der Ansprache entzogen. Gruppenangebote kamen vollkommen zum Erliegen.

Die Sozialarbeit der Kommunen funktionierte häufiger, während die Angebote der Landkreise vollständig ausgebremst wurden. Hier wurden die Prioritäten anders gesetzt. Deren Sozialpädagog_innen wurde eher für die Notbetreuung oder fachfremd eingesetzt, so dass sie nicht mehr Kinderschutzaufgaben nachgehen konnten und durften. Der Sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes auf Kreisebene war einige Zeit gar nicht erreichbar. Allerdings wurden auch in einigen Kommunen alle Angebote eingestellt.

In den Schulen wurde in einer Schule IServ genutzt, so dass die Schulen digital erreichbar waren. Es gab feste Sprechstunden und Videounterricht. Schulsozialarbeit versuchte telefonische Beratung anzubieten, was aber bei Kindern an Grundschulen nicht gut funktionierte. In Schulen einer anderen Kommunen sind zwar Tablets vorhanden, sie wurden allerdings nicht genutzt. Dort läuft alles nur analog. Es gab Termine, an denen die Schüler_innen in der Schule erscheinen mussten, um sich ihre Aufgaben abzuholen. Schüler_innen fühlen sich wie Versuchskaninchen.

In einer Kommune wurde ein Krisenstab eingesetzt, der über Angebote für alle Altersgruppen entschied. In diesem waren auch Personen aus allen Fachbereichen, auch für die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten. Er traf sich dreimal wöchentlich per Videokonferenz und entwickelte Ideen für die verschiedenen Zielgruppen. Hier hat sich die ressortübergreifende Arbeit während der Pandemie sogar deutlich verbessert. In anderen Kommunen war das Jugendamt zwar in den Krisenstab einbezogen, aber nur hinsichtlich Hygieneplänen, nicht zu Angeboten oder Beteiligung von Jugendlichen.

Für ausgefallene Veranstaltungen wurden Alternativen gesucht. So wurden Pläne mit Infos beschriftet und in der Stadt aufgehängt oder Folien besprüht, um über die Kinderrechte in der Gemeinde zu informieren.

Einige Kommunen schafften sehr schnell Möglichkeiten zum digitalen Arbeiten, eine Kommune besorgte 200 Laptops innerhalb von 14 Tagen, eine andere hatte von Beginn an ausreichend VPN-Zugänge für alle Mitarbeitenden. Es wurden in kurzer Zeit Lizenzen für Videokonferenzen angeschafft.

Treffen von Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien fanden anfangs im Freien und mit Masken statt, so dass sie weiter regelmäßig tagen konnten. Später fanden gut funktionierende Videositzungen statt. Die Meinung der Kinder und Jugendlichen spielte hier auch während der Pandemie im Stadtrat eine wichtige Rolle. Jugendlichen wurden explizit gehört. In anderen Kommunen sind

die Gremien für Kinder und Jugendliche vollkommen zum Erliegen gekommen, da es keine Angebote gab und alle Termine abgesagt wurden. Nicht einmal die Bürgermeistersprechstunde fand statt. Wo es keine festen, repräsentativen Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen gab, war Beteiligung für Kinder und Jugendliche während der Pandemie gar nicht möglich.

Zu Problemen führten in einzelnen Bundesländern auch die sehr strikten Vorgaben, nach denen sich die Kommune richten mussten. So hat Hessen, im Gegensatz zu anderen Bundesländern verfügt, dass nur Bildungsangebote offenbleiben dürfen. Daraufhin wurden Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen, obwohl auch hier nonformale Bildung stattfindet. In anderen Kommunen haben die Beschlüsse der Landkreise, die Jugendarbeit offen zu halten, sehr zur Sicherung der Kinderrechte beigetragen. Hilfreich dafür waren auch die Beschlüsse und Links, die von der BAG Offene Kinder- und Jugendarbeit verteilt wurden.

Krisenstäbe, in denen die Koordination von Kinderfreundliche Kommunen explizit eingebunden waren, gab es in zwei Kommunen. Dies waren die Kommunen, in denen auch die meisten Angebote für Kinder und Jugendlichen weiterlaufen oder in alternativen Formen weiterentwickelt wurden. Hier wurden die digitalen Möglichkeiten genutzt oder schnell neu eingerichtet. Soziale Netzwerke spielten eine wichtige Rolle.

Eine Schlussfolgerung, die sich aus den Berichten ergibt, ist, dass Kinderrechte im Krisenstab eine Rolle spielen müssen. Dies ist am ehesten gewährleistet, wenn die Koordination Kinderfreundliche Kommune eingebunden wird. Sie kann die Interessen von Kindern und Jugendlichen in die Beschlüsse einbringen. Es hilft, sich dafür die Unterstützung des Teams von KfK e.V. zu holen. Dies kann Druck auf die Verwaltungsspitze erzeugen. Außerdem gab es zahlreiche hilfreiche Informationen von DKHW und UNICEF. Deren Lobbyarbeit war hilfreich. Auch eine Verknüpfung mit den SDGs hilft.

AG 5 (Kleine Kommunen III):

Allgemeine Erfahrungen der Kommunen sind, dass sich vorhandene Problemlagen von Jugendlichen aufgrund Corona weiter verschärft haben. Es konnte nur bedingt auf die neuen Herausforderungen der Jugendlichen eingegangen werden. Faktoren, die eine Jugendarbeit ausmachen wie offene, flexible Angebote, der persönliche Austausch (Beziehungsarbeit) und Begegnungen mit der Zielgruppe waren während des Lockdowns nicht möglich. Digitale Angebote wurden häufiger von der „Kerngruppe“ wahrgenommen, andere Jugendliche waren weniger sichtbar.

Für Online-Kontakte wurden Whats-App Gruppen, Jitsy, Instagram, bei jüngeren auch Facebook mit den Eltern genutzt. (s. weitere Tools, Email von Frau Klement).

Analoge Kontakte gab es bspw. über Fensterkontakte zum "Hallo" sagen und nach dem Befinden erkundigen, eine Kinderratsbeauftragte hat bei Kindern Zuhause geklingelt. Bei kleinen Kommunen gab es häufiger zufällige private Treffen beim Einkaufen.

Nach dem Lock-Down und der schrittweisen Öffnung von Angeboten bestand die Herausforderung darin, die Abstands- und Hygieneregeln unter der begrenzten Raumsituation einzuhalten. Jugendliche haben die Sinnhaftigkeit von Angeboten hinterfragt, da diese nur mit einem Teil der eigentlichen Gruppe umsetzbar waren und dadurch manche Jugendliche ausgegrenzt wurden. Anmeldungen, bspw. um das Jugendzentrum zu bestimmten Zeitfenstern zu besuchen, wurden

ebenso nur schwer von den Jugendlichen angenommen. Einzelgespräche konnten mit vorheriger Anmeldung und Sicherheitsabstand stattfinden.

Die Kommunen verwiesen auf die Zuständigkeit der Kreis- und Landesebene.

Derzeit sind die Interessenvertretungen der meisten Kommunen aus der Gruppe noch im Aufbau bzw. haben keine festen Strukturen. Bei bestehenden Strukturen wurde z.B. über Videokonferenzen mit Jugendlichen über neue Maßnahmen gesprochen und wie das Jugendzentrum offen gehalten werden kann. Die Jugendliche haben sich sehr kreativ mit Ideen eingebracht. Frustrierend für sie war es, wenn Beschlossenes über die Landes- und Bundesverordnungen gekippt wurde.

Die Jugendlichen sind meist aufgrund des Bedarfs an Einzelgesprächen an die Kommune bzw. die jeweilige Ansprechperson herangetreten.

Empfohlene Tools: Tricider, Stadtsache oder Padlet (s. Liste von Frau Klement- Taunusstein)

Steuerungsgruppen fanden schon länger nicht statt und wenn ja, wurden Kinderrechte und Corona nicht fokussiert.

Die Kommune benötigt zur Umsetzung von Kinderrechten:

- Ein größeres Bewusstsein von Kinderrechten in den diversen Ämtern
- Regelmäßige Steuerungsgruppen mit Teilnehmenden aus allen Ämtern
- Übergeordnete Lobbyarbeit bspw. für Jugendarbeit
- Räumlichkeiten für die Umsetzung von Jugendarbeit etc.